

Thesen zur WASG

Diskussionsbeitrag von Edith Bartelmus-Scholich

I. Der Gründungsprozess der WASG

Das Entstehen der WASG vor dem Hintergrund der Protestbewegungen der Jahre 2003 und 2004

Ein Aufbruch aus der Tradition der Sozialdemokratie

II. Selbstverständnis und Programmatik der WASG

Sammlungspartei oder Richtungspartei?

Partei der Initiatoren oder Partei der Mitglieder?

Sozialstaatspartei oder Linkspartei?

III. Der Stand des Projektes WASG

Mitgliederentwicklung und Organisationsaufbau

Diskurse und Streitkultur

Stärken und Defizite

IV. Perspektiven des Projektes WASG

Teil einer möglichen Einheitsfront gegen den Sozialabbau?

Fundamentalopposition in den Parlamenten?

Wandel zur antikapitalistischen Linkspartei?

I. Der Gründungsprozess der WASG

Das Entstehen der WASG vor dem Hintergrund der Protestbewegungen der Jahre 2003 und 2004

Knapp ein Jahr nach der Bekanntgabe der Agenda 2010 und anderthalb Jahre nach Veröffentlichung des Hartz-Konzepts wurde der erste Anstoß zur Gründung der WASG in der Öffentlichkeit am 6. März 2004 wahrgenommen. An diesem Tag trafen sich in Berlin ca. 30 Menschen um über das Projekt einer Partieneugründung links von der SPD zu sprechen. Die Gruppe setzte sich aus linken Gewerkschaftern, Noch-SPD-Mitgliedern, ehemaligen PDS-Mitgliedern, Attaciers und Wissenschaftlern der sog. Memorandum-Gruppe zusammen. Die Initiative trat am 6. März 04 als "Wahlalternative" an die Öffentlichkeit. Zeitgleich beschäftigten sich Gewerkschafter aus Bayern mit ähnlichen Ideen, so dass kurz darauf die Initiative "Arbeit und soziale Gerechtigkeit" an die Öffentlichkeit ging. Im Frühjahr und im Frühsommer des Jahres 04 wurden die UnterstützerInnenkreise für beide Projekte bundesweit erweitert und im Laufe des Monats Juni 04 einigten sich die Initiatoren beider Initiativen bereits auf die Gründung eines gemeinsamen Vereins WASG, der als erster Schritt zu einer möglichen Parteigründung aufgefasst wurde. Nach einer Urabstimmung wurde die Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative am 22.1.05 in Göttingen gegründet.

Erste Überlegungen zur Gründung einer Partei links von der SPD fallen damit in die sehr aktive Phase selbstorganisierter Proteste gegen die neoliberale Sozialkahlspolitik im Herbst 03 und Winter 04. Vorausgegangen war die Demonstration der 100.000 in Berlin am 1.11.03 sowie am 18./19. Januar 04 die Frankfurter Konferenz von Gewerkschaftslinken und sozialer Bewegung mit mehr als 500 TeilnehmerInnen und der Verabschiedung des Frankfurter Apells. Für eine kurze Zeit war eine selbstorganisierte Aktionseinheit als breites Bündnis aller linken Kräfte, von kritischen Gewerkschaftern, sowie Aktiven aus der Erwerbslosenbewegung und einzelnen Gruppen des sozialen Widerstands Realität. Die Organisation der Demonstration war ein Erfolg der politischen Linken, mit dem vor dem Hintergrund der andauernden Schwäche der deutschen und der internationalen ArbeiterInnenbewegung in Folge des Zusammenbruchs der ArbeiterInnenstaaten Osteuropas 1989/90 kaum jemand gerechnet hatte, und sie markiert m.E. den Wendepunkt in der klassenkämpferischen Auseinandersetzung gegen den Sozialkahl in der Bundesrepublik. Schwächen dieser Aktionseinheit waren allerdings auch schon auf der Frankfurter Konferenz sichtbar. Sie äußerten in dem Unvermögen sich selbstbewusst auf ein gemeinsames radikales Aktionsprogramm und auf geeignete Arbeitsstrukturen zu einigen. Im weiteren Verlauf des Frühjahrs 04 verlor die Aktionseinheit merklich an Energie, obwohl am 3. April 04 auf drei Großdemonstrationen mehr als 500.000 Menschen gegen den Sozialabbau auf die Straßen gingen. Der Verlust der Energie der Aktionseinheit ging dabei einher mit dem Verlust an Selbstorganisation bei der Vorbereitung der Demonstrationen am 3. April. Trotz einer formalen Aktionseinheit zog die DGB-Spitze die Organisation der Demonstrationen an sich, bestimmte RednerInnen, Inhalte und Programmablauf. Das Ergebnis waren Demonstrationen mit kommerziellem Anstrich, die jede kämpferische Perspektive vermissen ließen, eine Entmutigung der Aktiven im sozialen Widerstand sowie die teilweise Herauslösung von gewerkschaftlich tätigen Aktiven aus den Aktionseinheiten vor Ort. Für den weiteren Verlauf des Jahres, auch mit Rücksicht auf die Kommunalwahl in NRW am 26.9.04, wurden seitens des DGB weitere Demonstrationen bis zum Spätherbst erst einmal abgesagt. Unerwarteten Auftrieb erhielt die Widerstandsbewegung gegen den Sozialkahl dann ab August 04 für etwa 2 Monate durch die spontanen Massendemonstrationen gegen Hartz IV. Auslöser war die gleichzeitige Bewusstwerdung der existenziellen Bedrohung durch die Einführung von ALG II, die vor allem in den neuen Bundesländern zum kollektiven Protest führte. Nach dem Abflauen der Massenproteste hatte die soziale Widerstandsbewegung sich in kleinen Gruppen in der ganzen Bundesrepublik gefunden und begonnen sich bundesweit zu vernetzen.

Die Gründung der WASG ist von den Protesten gegen den Sozialkahl nicht zu trennen. Themen und Teile der Mitgliedschaft der WASG finden sich auch der sozialen Widerstandsbewegung wieder. Die WASG stellt dabei einen Versuch dar, die selbstorganisierte Entwicklung einer Massenbewegung teilweise zu überspringen und die Defizite der sozialen Bewegung bei der Benennung konsensfähiger Ziele und bei der Entwicklung geeigneter Methoden zur Durchsetzung dieser Ziele schon im Stadium des Aufbaus dieser Bewegung auszugleichen. Dabei wird der Kritik am Sozialabbau Konstruktives, nämlich ein Entwurf für den Erhalt der sozialen Errungenschaften entgegen gesetzt. Dass dieser Entwurf in Teilen hinter den Forderungen des Frankfurter Apells zurück bleibt, ist Zeichen dafür, dass die WASG – Mitgliedschaft in ihrer Mehrheit nicht aus den vorwärts treibenden Kräften der Protestbewegung besteht. Weiter versucht die WASG die Forderungen der sozialen Protestbewegung in einem Methoden-Mix durchzusetzen, der nach Ansicht der Mehrheit der WASG-Mitglieder im politischen System der BRD Erfolg versprechend ist. Dass ihr Schwerpunkt dabei auf der

parlamentarischen Vertretung liegen soll, entfremdet sie dem Teil der Aktiven gegen den Sozialabbau, der Parteien generell mit Misstrauen gegenüber tritt. Da die Bewegung gegen den Sozialkahltschlag noch selbst im Aufbau begriffen ist, ist die tiefe Verankerung der in dieser Bewegung aktiven WASG-Mitglieder erst noch zu leisten.

Ein Aufbruch aus der Tradition der Sozialdemokratie

Eine weitere Ursache für die Gründung der WASG liegt im Niedergang der deutschen Sozialdemokratie. In Deutschland hat die SPD einen organisatorischen Tiefpunkt erreicht. Sie hat erstmals seit der Wiedergründung nach dem Ende des Faschismus weniger als 600.000 Mitglieder. In den Wählerumfragen stagniert sie innerhalb des 30-Prozentsgettos, von dem auszurechnen die SPD mit ihren Anpassungsprozessen an die bürgerlichen Gesellschaft seit dem Godesberger Programm von 1959 angetreten war. Die SPD hat das Versprechen des Reformismus durch Reformen schrittweise eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung erreichen zu wollen, aufgegeben und sich einer Politik des Machbaren, die nicht einmal von der Interessenvertretung der von der Vermarktung ihrer Arbeitskraft abhängigen Bevölkerungsmehrheit geleitet wird, verschrieben. Ohne Zweifel liegt der Grund für den Paradigmenwechsel der Sozialdemokratie, der in weiten Teilen auch von der PDS nachvollzogen wird, nicht in der Unfähigkeit und Verkommenheit der Funktionäre, sondern in den tiefgreifenden Veränderungen der weltweiten Ökonomie und dem deutlichen Kräfteschwund der organisierten Arbeiterbewegung in den letzten 20 Jahren. Die objektive Entwicklung der Produktivkräfte und die Schwäche der internationalen sowie der deutschen Arbeiterbewegung lassen Lösungen auf der Basis und nach den Mustern der Zeit zwischen 1949 und 1989 nicht mehr zu. Die Sozialdemokratie ist gefordert, entweder systemsprengende Lösungsansätze oder aber systemkonforme Rückschritte zu vertreten und durchzusetzen. Entsprechend ihrer eigenen Tradition aber auch aufgrund der Schwäche der Arbeiterbewegung hat sich die Führungsspitze entschlossen keine Lösungen, die das kapitalistische System in Frage stellen und über dieses hinaus weisen könnten, zuzulassen. Dementsprechend warb die rot-grüne Regierung für einen "sozialverträglichen Umbau des Sozialstaats" und erhielt dafür das Vertrauen der Wähler. Als jedoch entsprechende Lösungen durchgesetzt werden sollten, gelang es zwar die Mehrheit der Mandats- und Funktionsträger bei SPD und Grünen zu überzeugen, nicht jedoch die Mehrheit der SPD-Basis. Schließlich wurden die Eckpunkte von Hartz-Gesetze und Agenda 2010 in einem beispiellosen Verfahren von berufenen Kommissionen erarbeitet und unter Disziplinierung der SPD-Fraktion im Bundestag beschlossen. In diesem Prozess konnten weder die SPD noch die Gewerkschaften oder die Sozialverbände ihre Einflüsse so geltend machen, wie es in Gesetzgebungsverfahren früherer Bundesregierungen üblich gewesen war. Im Zuge dieser Entscheidungsprozesse in der Führung der Sozialdemokratie ist dieser ihren Charakter als Arbeiterpartei mehr und mehr genommen worden. Die Parteispitze hat im Verlauf dieser Prozesse der SPD die "Geschäftsgrundlage" entzogen. Das dies von den Mitgliedern so erkannt wird, zeigt der anhaltende Schrumpfungsprozess. Der Paradigmen-Wechsel hat in der SPD in den letzten sieben Jahren zu einem beschleunigten Austausch der Funktionäre und Mandatsträger geführt. Eine weitere Folge des Schwenks der SPD ist ihre zunehmende Entfremdung von den Gewerkschaften. Jahrzehntlang war die SPD zwar nicht einziger aber doch wichtigster und bevorzugter Partner im politischen System für die Gewerkschaften. Mit dem Wandel der SPD wurde es immer schwieriger, den Interessen der abhängig Beschäftigten politisch Geltung zu verschaffen. Der Einfluss der

Gewerkschaften auf die Politik der Sozialdemokratie nahm deutlich ab, statt dessen entstand ein wachsender Druck der Sozialdemokratie auf die Gewerkschaften, die neoliberale Politik mitzutragen und auszugestalten. Da die Gewerkschaftsführung den Interessen der abhängig Beschäftigten enger verbunden ist, als die Spitze der Sozialdemokratie und zudem die große Teile der ehrenamtlichen FunktionsträgerInnen sowie der Basis auf einer konsequenten Interessensvertretung bestehen, haben sich die Gewerkschaften bisher nur wenig auf die Positionen der SPD zubewegt. In den letzten Jahren hat es aus dem Zwang heraus gewerkschaftliche Forderungen im politischen System durchsetzen zu müssen und der Erkenntnis, dass die SPD nicht mehr geeignet ist, dies als Partnerin der Gewerkschaften im politischen System wenigstens teilweise zu übernehmen, Versuche gegeben, gewerkschaftliche Politik mit anderen Partnern z.B. in gesellschaftlichen Bündnissen mit sozialem Charakter durchsetzungsfähig zu machen. Diese Versuche sind bislang gescheitert. Damit stehen die Gewerkschaften vor der Aufgabe vollständig neue Methoden der Durchsetzung ihrer Forderungen im politischen System zu entwickeln. Die Unterstützung der WASG Gründung durch zahlreiche GewerkschafterInnen wird vor diesem Hintergrund erklärlich. Die WASG-Gründung ist damit auch eine Reaktion auf die Entwicklung der Sozialdemokratie. Auch wenn einzelne InitiatorInnen eine persönliche politische Biographie außerhalb der SPD vorweisen oder schon längere Zeit mit ihr gebrochen haben, ist der entscheidende Impuls zur Gründung der WASG und der größte Teil ihrer Mitglieder politisch mit dem Niedergang der SPD verbunden. Das politische Bewusstsein der meisten dieser Menschen ist widersprüchlich. Die Bildung der WASG löst dabei noch keine echte Linksentwicklung im politischen Bewusstsein dieser Menschen und des Umfelds, wo sie jeweils aktiv sind, aus. Vielmehr ist sie im eigenen Verständnis der aus der SPD Ausgeschiedenen eher ein Halten traditioneller sozialdemokratischer Positionen als ein Aufbruch zu neuen programmatischen Ufern. Allerdings kann mit dem Aufbau der WASG als neuer politischer Kraft der Linken auch ein Prozess in Gang kommen, der eine weitere Linksentwicklung im Bewusstsein der ehemaligen Sozialdemokraten nach sich zieht. Dieser Prozess läuft auf der Grundlage der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung ab und wird dadurch angeschoben, dass ein Lösungsansatz, der sich in der Maxime "Zurück zum Rheinischen Kapitalismus" zusammen fassen lässt, objektiv nicht mehr auf die Gegebenheiten anwendbar ist. Ob mit dem Ausbruch aus den Organisationsstrukturen der Sozialdemokratie auch ein Ausbruch aus dem Denken und Handeln der Sozialdemokratie vollzogen werden wird, hängt dabei nicht unwesentlich davon ab, welche Kräfte und Personen sich an die Spitze der WASG setzen und wie diese sich und ihre politischen Konzepte dort durchsetzen können. In einer "Partei der Initiatoren", fixiert auf systemkonforme, rückwärtsorientierte Vorschläge, in der nicht über systemsprengende Ansätze diskutiert werden darf, wird der Wandel schwerlich gelingen. Im Gegensatz zur Parteibildung der Grünen 1978-81 und der Demokratischen Sozialisten 1980-81 ist die WASG kein Produkt einer – zunächst bei vielen nur taktischen, später aber immer mehr grundsätzlichen – Rechtsentwicklung von AktivistInnen und Intellektuellen, die schon lange links von der Sozialdemokratie zu Hause waren. Es ist also kein Versuch der radikalen Linken, Massenpolitik zu betreiben, sondern eine authentische Entwicklung aus dem sozialdemokratischen Milieu heraus. Diese Entwicklung birgt den Keim einer fortschreitenden Entwicklung des Klassenbewusstseins, sie ist aber nicht unumkehrbar. Wenn auch Münteferings Versuch mit Klassenkampfrhetorik an die Erwartungen der Stammwählerschaft der SPD anknüpfen zu wollen und den Verlust der Regierungsverantwortung in NRW noch zu verhindern wohl zum Scheitern verurteilt ist, so ist doch fraglich, ob nicht eine aus der Regierungsverantwortung entlassene Sozialdemokratie wieder dauerhaft einen

Linksschwenk vollziehen und zu klassischen reformistischen Positionen zurückkehren könnte. Sollte dies geschehen, so ist klar, dass Teile der jetzigen WASG-Mitgliedschaft sich wieder zurück zur SPD orientieren werden, die Partei sich aber, sofern sie diesen Exodus übersteht, programmatisch weiter nach links entwickeln wird.

II. Selbstverständnis und Programmatik der WASG

Sammlungspartei oder Richtungspartei?

Im Gründungsprozess der WASG taucht immer wieder der Wunsch auf, eine "Partei neuen Typs" zu schaffen. Eine Anforderung ist dabei, dass in der WASG Kräfte unterschiedlicher Weltanschauung gleichberechtigt zusammen arbeiten sollen. Angesprochen und gewonnen werden für den Parteaufbau sollen demokratische Kräfte gegen den Sozialabbau und den Neoliberalismus links von der Mitte des politischen Spektrums. In der WASG sollten diese unterschiedlichen Kräfte respektvoll und solidarisch gemeinsam kämpfen. Dieses Konzept hat von Anfang an viele unterschiedliche Menschen angezogen. Unter den Mitgliedern der WASG finden sich Christlich-soziale, Linksökologische, Sozialdemokraten, demokratische Sozialisten und auch Menschen, die vorher noch nie einer politischen Partei angehört haben. Alle diese Mitglieder bringen ihre jeweiligen Erfahrungen und politischen Positionen mit und knüpfen gern an personelle Verbindungen aus ihrer politischen Vergangenheit an. Etwa die Hälfte der derzeitigen Mitgliedschaft der WASG war zuvor langjährig Mitglied der SPD, ca. 20% der WASG-Mitglieder wurden in einer sozialistischen Organisation im weitesten Sinne politisch sozialisiert. Christlich-soziale und Linksökologische Mitglieder sind eher selten. Ca. 25% der derzeitigen WASG-Mitglieder haben zuvor noch keiner Partei angehört. Dieser Verteilung entsprechend bestimmen die aus der Sozialdemokratie kommenden Mitglieder mit ihren Ansichten und Erfahrungen das politische Klima in der WASG weit gehend, aber nicht so überwiegend, dass die Minderheiten nicht wahrgenommen werden können. Im Zuge der fortschreitenden Programmdiskussion ist aber darauf zu achten, dass diese Sichtbarkeit der Minderheiten erhalten bleibt. Ob die Bereitschaft der sozialdemokratisch eingestellten Mehrheit dazu auf Dauer vorhanden sein wird, ist fraglich und hängt auch von der weiteren Entwicklung ab. Für diesen Prozess wird es von entscheidender Bedeutung sein, möglichst viele zuvor nicht parteipolitisch gebundene Menschen in die WASG zu holen. In einer Partei, deren Mitgliedschaft sich auf Dauer überwiegend aus Sozialdemokraten zusammensetzt, wird das Selbstverständnis der Sammlungspartei als Bündnis unterschiedlicher Kräfte im Sinne schnell dem Selbstverständnis einer Richtungspartei, in der Minderheiten nur geduldet werden, weichen.

Partei der Initiatoren oder Partei der Mitglieder?

Ebenfalls eng mit den Vorstellungen von einer "Partei neuen Typs" sind die Ansprüche der Mitgliedschaft nach Basisdemokratie und Transparenz verbunden. Bislang sind allerdings die Strukturen der Partei nicht geeignet diesen Anforderungen weiter Teile der Mitgliedschaft gerecht zu werden. Die Satzung nimmt die Ansprüche nach Basisdemokratie, demokratischer Kontrolle der FunktionsträgerInnen, gestalterischer Teilhabe, offenen Diskussionsprozessen und Transparenz sehr wenig auf. Alle Organe der Partei sind auf einer schmalen personellen Basis vorgesehen, d.h. die Partei wird von sehr wenigen Menschen gelenkt werden. Rechte der Mitglieder, Initiativen zu ergreifen oder sich zu Arbeitsgemeinschaften, Plattformen oder Strömungen frei zu

assoziiieren, sind nicht vorgesehen. Arbeitsgemeinschaften sind zwar zulässig, sollen aber einer Genehmigung durch den Länderrat der WASG bedürfen. Hinzu kommt, dass Arbeitsgemeinschaften nirgendwo geregelt mitwirken sollen, d.h. ihnen stehen weder Rederechte auf dem Parteitag, noch Antragsrechte an Organe oder Mandate im sog. Länderrat zu. Auch die Finanzierung ihrer Aufgaben ist ungesichert. Mitgliederinitiativen unterhalb einer Arbeitsgemeinschaft, um z.B. ein temporäres Interesse zu befördern, sind überhaupt nicht vorgesehen. Auf der Basis dieser Strukturen ist eine pluralistische Sammlungspartei nicht darstellbar. Widerstand gegen mehr Mitgliederrechte und basisdemokratische Strukturen in der WASG kommt vor allem aus dem Kreis der Initiatoren, von ehemaligen FunktionsträgerInnen aus SPD, CDU und den Grünen sowie gewerkschaftlichen FunktionsträgerInnen. Von ihnen wird nicht das Konzept einer Partei der Mitglieder, sondern das Konzept einer Partei der Initiatoren vertreten. Die Auseinandersetzung um diese unterschiedlichen Konzepte wird zum Teil mit Verfahrenstricks und unsolidarischen Mitteln geführt. In der WASG überwiegt dadurch ein undemokratischer und autoritärer Führungsstil, der viele Mitglieder wieder zum Rückzug veranlasst. Mit zentralistischen Konzepten einer Obrigkeitsdemokratie verliert das Projekt WASG den emanzipatorischen Charakter und wird in der Folge schnell zu einem mehr oder weniger bedeutenden Wahlverein für die Initiatoren verkommen. In diesem Zusammenhang ist es ein Rückschritt und eine große Gefahr, dass der 1. Bundesparteitag ca. 200 Anträge auf Satzungsänderung, die von den Kreisverbänden gestellt wurden, auf den Parteitag des Jahres 2007 verschoben hat und lediglich einige Rechte der Mitglieder z.B. im Fall der Urabstimmung noch zurückgenommen hat. Wenn die Partei bis 2007 nach dem Konzept einer Partei der Initiatoren und mit den Mitteln der Obrigkeitsdemokratie geführt wird, hat sie nur eine geringe Chance zu einer anziehungskräftigen Massenpartei zu werden.

Sozialstaatspartei oder Linkspartei?

Die WASG hat sich den Erhalt des Sozialstaats (Wohlfahrtsstaats) auf die Fahnen geschrieben. Ohne eine breite Programmdebatte mit einer Meinungsbildung von unten nach oben zu führen, wurde in einer vom Bundesvorstand des Vereins eingesetzten Kommission ein Gründungsprogramm geschrieben, welches nun als verpflichtender Konsens gilt. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Programmteile, die den Hauptteil des Programms ausmachen, sind stark von den Wissenschaftlern der Memorandum-Gruppe beeinflusst worden. Die übrigen Programmteile sind gering entwickelt, zu vielen Politikfeldern finden sich nur wenige, kurze, allgemeine Sätze oder auch gar keine Aussagen. Mit der Prämisse, den Mensch und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt politischen Entscheidungsprozesse stellen zu wollen, negiert das Programm zunächst einmal das Paradigma kapitalistischen Profitstrebens. Daran schließt sich dann allerdings kein revolutionäres oder auch nur reformistisches Programm an, sondern ein neokeynesianistisches. Die Krise des Kapitalismus, der begegnet werden soll, wird als Verteilungskrise nicht als Akkumulationskrise erkannt und somit soll ihr durch eine Ausweitung der Binnennachfrage, einen Ausbau des öffentlichen Sektors, eine Erhöhung der Einkommen der abhängig Beschäftigten usw. abgeholfen werden. Dass einzelne Forderungen, z.B. nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, sich mit Forderungen der antikapitalistischen Linken decken, darf nicht den Blick darauf verstellen, dass es sich im Kern um ein restauratives Programm handelt. Die Initiatoren und auch viele Mitglieder geben sich der Illusion hin, auf die eine oder andere Art und Weise den Rheinischen Kapitalismus wieder beleben zu können. Die vorgeschlagenen Maßnahmen können im besten Fall zur Milderung

einer Krise beitragen, stoßen aber angesichts der Veränderungen des transnationalen Kapitalismus rasch an Grenzen. Würde die WASG diese Programmatik in Regierungspolitik umsetzen müssen, wäre bald der Punkt erreicht, an dem die Unmöglichkeiten und Widersprüche eine Neuausrichtung entweder zu einem sozialistischen oder zu einem neoliberalen Programm erfordern würden. Unter den Bedingungen der Opposition ist die tiefgehende inhaltliche Auseinandersetzung über die falschen Annahmen der Programmatik zu führen um ein wirklich zukunftsweisendes Programm entwickeln zu können.

III. Der Stand des Projektes WASG

Mitgliederentwicklung und Organisationsaufbau

Der bisherige Parteibildungsprozess der WASG kann durchaus als dynamisch bezeichnet werden. Innerhalb weniger Monate konnten 5.500 Mitglieder gewonnen werden. Von einer Massenbasis oder einer sich abzeichnenden Entwicklung zu einer solchen kann allerdings nicht die Rede sein. Tatsächlich gibt es jede Woche nur eine bescheidene Anzahl Beitritte, und seit Gründung der Partei auch schon wieder zahlreiche Austritte. Die Zusammensetzung der Mitgliedschaft spiegelt nicht die Zusammensetzung der Gesellschaft wieder. Stark vertreten unter den Mitgliedern sind Erwerbslose. Derzeit dürften ein Drittel der Mitglieder erwerbslos sein. Bemerkenswert ist allerdings, dass diese Gruppe in den Landesvorständen und dem Bundesvorstand der WASG keineswegs entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft vertreten ist. Hier dominieren Erwerbstätige, nicht selten hauptamtlich in der Gewerkschaft tätige Mitglieder. Der weitaus größte Teil der Mitglieder ist männlich und deutlich über 40 Jahre alt. Frauen sind nur mit knapp unter 20% vertreten, Jugendliche treten kaum bei. Diese Zusammensetzung der Mitgliedschaft führt zu einer einseitigen Weiterentwicklung, denn die Gruppen sind für Frauen und Jugendliche nicht anziehend. Die Mitgliederentwicklung ist regional sehr unterschiedlich. In NRW gibt es 1500 Mitglieder, die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg mit jeweils mehreren hundert Mitgliedern bleiben deutlich dahinter zurück, aber in den neuen Bundesländern mit einer starken PDS konnte die WASG noch so gut wie keine Mitglieder gewinnen. Der Landesverband Thüringen hat z.B. unter 40 Mitglieder und der Landesverband Brandenburg keine 70. Nicht gelungen ist auch die Gewinnung vieler Mitglieder des Vereins durch Übertritt in die Partei. Etwa dreieinhalb Monate nach der Parteigründung sind noch mehr als 60%, nämlich 3000 Vereinsmitglieder nicht in die Partei übergetreten, obwohl bei der Urabstimmung des Vereins sich weit mehr als 90% der Vereinsmitglieder für die Gründung der Partei ausgesprochen hatten. Weshalb dies so ist, wurde bislang nicht untersucht. Der Parteibildungsprozess in NRW hat von folgenden Faktoren profitiert: 1. NRW ist das Kernland der Sozialdemokratie. Da die WASG – Mitglieder überwiegend aus der SPD übertreten, ist hier das Potential besonders hoch. 2. Durch den Beschluss der Vollversammlung des Vereins am 17.10.04 zur Landtagswahl anzutreten wurde eine Aufbruchstimmung ausgelöst, die im übrigen Bundesgebiet fehlt. 3. Als es am 15.1.05 anlässlich der Aufstellung der Landesreserveliste zur Landtagswahl zu einem Aufbegehren der Mehrheit der Delegierten gegen den autoritären Landesvorstand kam, waren die Beteiligten so besonnen, sich wenige Tage später auf ein gemeinsames Vorgehen und ein gemeinsames Personalkonzept zu einigen, so dass keine Austrittswelle folgte. Dies ist bei Konflikten in anderen Landesverbänden unter Vermittlung des Bundesvorstands bislang noch nie gelungen, so dass durch mangelnde Flexibilität und autoritäre Verhandlungsführung schon mehrfach Landesverbände die Hälfte ihrer Mitglieder durch Austritte verloren

haben. Mit der nun erreichten Mitgliederzahl und deren Verteilung wird ein Bundestagswahlkampf 2006 aus eigener Kraft gar nicht und selbst in einer Listenverbindung von Linkskräften nur schwer zu bewältigen sein. Daher müssen die Anstrengungen der WASG auf die Gewinnung und Erhaltung von Mitgliedern gerichtet sein. Dabei ist darauf zu achten, dass die neu gewonnenen Mitglieder sich auch in den Gremien wiederfinden und gestalterische Teilhabe erhalten.

Diskurse und Streitkultur

Auffallend ist, dass bislang in der WASG wenig Programmatisches diskutiert wird. Die mit dem Gründungsprogramm vorgelegte neokeynesianistische Zielsetzung wird wenig hinterfragt und findet überwiegend Zustimmung. Die WASG diskutiert nicht die Systemfrage, sondern ob die Systemfrage in der WASG gestellt werden darf. Diese Diskussion wird von den Befürwortern mit strategischen Argumenten und von den Gegnern mit taktischen Argumenten geführt, d.h. die Befürworter führen ins Feld, dass eine Programmatik sich nur inhaltlich fortentwickeln kann, wenn es keine Denk- und Sprechverbote gibt und die Gegner machen geltend, dass es darauf ankomme, nicht durch radikale Forderungen die eigene Mitgliedschaft und die potentiellen Wähler zu verschrecken. Gestritten wird konkret um die Aufnahme der Forderung nach einer bedingungslosen Grundsicherung in das Programm der WASG. In diesem Streit spielt nicht nur eine Rolle, wie die sozialen Probleme einer Gesellschaft mit dauernd hoher Erwerbslosigkeit rasch gelöst werden können, sondern auch die Auswirkungen der Einführung einer Grundsicherung auf das Gesellschaftssystem. Die dazu geführten Diskussionen sind durchaus geeigneter Ausgangspunkt für eine Bewusstwerdung der Grenzen des Gründungsprogramms und die Entwicklung darüber hinaus weisender Visionen. Rechte der Mitglieder und Fragen der innerparteilichen Demokratie finden derzeit das meiste Interesse bei den Mitgliedern der WASG. Aus den kontroversen Diskussionen kann durchaus der Entwurf einer Parteistruktur entstehen, die demokratische Kontrolle mit Transparenz sowie einem hohem Maß an gestalterischen Freiräumen und direkten Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Mitglieder verbindet. Bemerkenswert ist, dass die in den vergangenen Jahrzehnten geführten gesellschaftlichen Diskurse zur Geschlechtergerechtigkeit sowie zum Schutz der natürlichen Umwelt bei den Mitgliedern der WASG nicht angekommen sind. Beide Politikfelder werden von der Mehrheit der WASG nicht als wichtig eingestuft und es fehlt sowohl an qualifizierter Auseinandersetzung als auch an konkreten politischen Vorschlägen. Wenn das Thema Geschlechtergerechtigkeit in der WASG angesprochen wird, reagiert die (männliche) Mehrheit der WASG-Mitglieder mit Ablehnung und Unverständnis bis hin zur Ausgrenzung derjenigen Frauen, die das Thema aufwerfen. Es zeigt sich hier, dass die Mehrzahl der WASG-Mitglieder in der Vertretung und Durchsetzung eigener Interessen stecken bleibt und nicht etwa auf eine gesellschaftliche Veränderung hin orientiert. Die Diskussionen in der WASG werden oft in unsolidarischer Weise und mit unehrlichen oder taktischen Argumenten geführt, um wirkliche Beweggründe zu verschleiern und die tief gehende inhaltliche Auseinandersetzung zu unterbinden. Beispielhaft dafür war und ist noch die Debatte um die sog. Doppelmitgliedschaft (Mitgliedschaft in der WASG und in einer weiteren Partei). Diese Auseinandersetzung wurde von Teilen der Initiatoren vorangetrieben, deren Interesse es ist, die antikapitalistische Linke und vor allem deren organisierte Teile, aus der WASG heraus zu drängen. Zielsetzung dieser Gruppe ist es, die Basis dafür zu schaffen, dass die WASG auf Dauer als sozialdemokratische Partei aufzustellen. Da diese Zielsetzung und auch das Herausdrängen der antikapitalistischen Linken nicht

mehrheitsfähig ist, wurden in dieser Debatte Feindbilder aufgebaut und Ängste heraufbeschworen, mit persönlichen Angriffen, Verfahrenstricks und Rücktrittsdrohungen operiert.

Stärken und Defizite

Die WASG tritt mit Programmpunkten an, die an die Sorgen und Ängste einer großen Zahl von Menschen in Deutschland anschließen und ihre Forderungen werden von ca. 75% der Menschen grundsätzlich bejaht. Dies ist eine solide Grundlage für eine breite Unterstützung aus der Bevölkerung, spätere Wahlerfolge und die Gewinnung neuer Mitglieder. Ohne Zweifel ist der Parteibildungsprozess der WASG der dynamischste Prozess dieser Art seit Gründung der BRD und der erste größere Ausbruchversuch aus der Sozialdemokratie nach links seit 1917. Innerhalb weniger Monate ist es gelungen, mehr als 5.500 Mitglieder zu gewinnen, 128 Landtagswahlkreise in NRW mit DirektkandidatInnen zu besetzen, einen Landtagswahlkampf zu führen, ein Gründungsprogramm zu erarbeiten und einige Medienpräsenz zu erzielen. Dabei ist bemerkenswert, dass dieser Parteibildungsprozess nicht von den Rändern des politischen Spektrums sondern aus der Mitte der Arbeiterklasse gespeist wird. Dies ist auch der Grund dafür, dass es der WASG in nur wenigen Monaten gelungen ist, die Zahl der PDS-Mitglieder in den alten Bundesländern (4000) zu übertreffen. Organisiert und vorangetrieben wird das Projekt WASG hauptsächlich von Gewerkschaftern, ehemaligen SPD-Mitgliedern und direkt von Erwerbslosigkeit und Sozialabbau Betroffenen, unter ihnen viele, die noch nie vorher politisch tätig waren. Dieser gemeinsame Aufbruch mit dem Anspruch Politik und Gesellschaft selbst zu gestalten, verbunden mit dem Ausbruch der einen aus der Organisationsstruktur der Sozialdemokratie und der anderen aus der Resignation macht die Qualität des Projektes aus. Der Anspruch, dabei eine Partei zu schaffen, in der alle Gegner des Neoliberalismus links von der politischen Mitte zusammen arbeiten, sprengt dabei das Parteikonzept der Sozialdemokratie und eröffnet den Raum für perspektivische Entwicklungen. Das der Parteibildungsprozess von Anfang an als zentralistisches Top-Down-Projekt organisiert wurde und, dass die Partei auch bis 2007 noch weitgehend als Partei der Initiatoren geführt werden wird, stellt angesichts der Tatsache, dass autoritärer Führungsstil und mangelnde Möglichkeiten der Mitglieder gestalterisch zu wirken, schon viele Mitglieder wieder zum Austritt oder zur Einnahme einer inaktiven Abwartehaltung veranlasst haben, eine ernstzunehmende Gefahr dar. Austritte und Nichtübertritte aus dem Verein (3000) machen ungefähr noch einmal so viel aus, wie die WASG derzeit an Mitgliedern hat. Es ist deutlich, dass die Steuerung des Prozesses hier das Potential für eine Massenpartei untergräbt. Eine deutliche Schwäche der WASG ist die Zusammensetzung der Mitgliedschaft nach Alter, Geschlecht und Herkunft und der vollständig ungeeignete Umgang damit. Die Mehrzahl der Mitglieder findet sich in dieser "Partei der alten Männer" gut wieder und reproduziert damit das Herrschaftsmodell des globalisierten Patriarchats in dem die Macht überwiegend von gesellschaftlich anerkannten Männern jenseits der Lebensmitte ausgeübt wird auch in der Partei. Diese Herrschaftsstrukturen stehen dem gesellschaftlichen und politischen Wandel von jeher im Wege. Eine weitere Schwäche des Projektes ist in der ungenügend versachlichten Auseinandersetzung über unterschiedliche Positionen in Hinsicht auf die programmatische und organisatorische Entwicklung der Partei zu sehen. Innerhalb der WASG gibt es sowohl Zielkonflikte als auch Methodenstreitigkeiten, ohne dass diese getrennt werden und ohne, dass es bislang gelungen ist, die Kontrahenten auf eine solidarische Streitkultur zu verpflichten. Die Auseinandersetzungen auch zu Detailfragen werden regelmäßig von Ängsten überlagert aus der machtpolitischen Perspektive geführt, mangelnde

Überzeugungskraft in der Sachargumentation wird nicht selten durch unfaire Rhetorik gelegentlich bis hin zum Mobbing ersetzt. Wenn es der WASG nicht gelingt, das von Ängsten und vom Konkurrenzdenken beherrschte Klima in Richtung Kooperation zu verbessern, besteht die Gefahr, dass die destruktiven Kräfte im Innern das Projekt sprengen, denn in der WASG sind in den nächsten Jahren ununterbrochen Diskussionen über die Ausrichtung und die Programmatik zu führen.

IV. Perspektiven des Projektes WASG

Teil einer möglichen Einheitsfront gegen den Sozialabbau?

Die WASG ist Teil der Gegenwehr gegen den Neoliberalismus und den von den Herrschenden ausgelösten Sozialkahltschlag und will gleichzeitig eine Offensive für einen Politikwechsel einleiten. Die Gegenwehr gegen den Sozialabbau ist in Deutschland spät und schleppend in Gang gekommen und ist auch heute noch keine Massenbewegung. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Zunächst ist in Deutschland die Politik des Sozialabbaus verspätet und unter der schwarz-gelben Regierung Kohl/Genscher nur als Stückwerk begonnen worden. Das dies lag auch an der immer noch starken Position der Gewerkschaften, die in verschiedenen Auseinandersetzungen klar machten, dass sie ihre Möglichkeiten gegen weitere Verschlechterungen für die abhängig Beschäftigten nutzen würden. Vorausgegangen war aber schon Jahre vor den ersten einschneidenden Maßnahmen eine die ganze Gesellschaft durchdringende und über alle Medien transportierte Botschaft von der Unmöglichkeit den Sozialstaat in Umfang und Form weiter zu finanzieren. Gleichzeitig begannen die Regierungen mit medienwirksamen Auftritten ("Es gibt kein Recht auf Faulheit") und einseitiger Argumentation eine negative Stimmung in der Bevölkerung gegen die von den zukünftigen Maßnahmen hauptsächlich betroffenen Gruppen Erwerbslose, Alte und Frauen aufzubauen. Diese Kampagnen tragen dazu bei, dass viele Menschen sich nicht sicher sind, ob die Politik der Regierung nicht doch alternativlos ist, sie untergraben die Solidarität mit den vom Sozialabbau vorrangig Betroffenen und unterminieren die Gegenwehr der Betroffenen, in dem sie Schuldgefühle bei diesen auslösen. Hinzu kommt, dass traditionell die Bevölkerung in Deutschland wenig direkte Aktionen für oder gegen politische Entscheidungen selbst organisiert, sondern statt dessen auf den Einfluss von Gewerkschaften, Kirchen und Sozialverbänden setzt. Der selbst organisierte Kampf für die eigenen Interessen ist den Menschen in der BRD nicht vertraut und wird von vielen gar nicht in Erwägung gezogen oder sogar als untauglich eingestuft. Vor diesem Hintergrund ist es erklärlich, dass der Widerstand gegen den Sozialkahltschlag in der BRD verspätet begonnen hat und auch heute die Bewegung noch in den Anfängen steckt, was den Umfang, die Organisation der Proteste, die Herausbildung positiver Forderungen und die Schaffung einer basisverbundenen, demokratisch legitimierten Führung betrifft. Um den Widerstand gegen den Sozialabbau erfolgreich führen zu können, kommt es entscheidend darauf an, eine kämpferische Massenbewegung aufzubauen, die sich als Einheitsfront gegen diese Politik versteht. Die stärksten Impulse zur Bildung dieser kämpferischen Massenbewegung müssen von den Betroffenen selbst kommen, denn es hat sich gezeigt, dass die Gewerkschaften erst dann die Proteste verstärken, wenn durch Massenproteste ein Sog dazu entsteht. Zum Aufbau dieser Massenbewegung von unten ist es notwendig, örtliche Bündnisse zu bilden bzw. auszubauen, in denen alle Kräfte gegen den Sozialabbau gleichberechtigt und ohne dort Führungsansprüche aufzumachen, zusammen arbeiten, und danach die Arbeit in der Fläche zu verstetigen und zu vernetzen. Wenn die WASG ihr

Programm ernst nimmt, sollte sie sich zukünftig in der sozialen Bewegung flächendeckend verankern und den Aufbau örtlicher Bündnisse sowie die Vernetzung derselben unterstützen. Dies erfordert, dass sehr viele, am besten alle, WASG – Mitglieder in der sozialen Bewegung aktiv werden und nicht nur eine Minderheit, wie dies zur Zeit der Fall ist. Sollte es nicht gelingen die WASG über ihre dort mitarbeitenden Mitglieder in der Bewegung gegen den Sozialabbau zu verankern, ist es unwahrscheinlich, dass die WASG die Forderungen der sozialen Bewegung auf Dauer in den Parlamenten zu Gehör bringen kann.

Fundamentalopposition in den Parlamenten?

Als politische Partei orientiert die WASG auf demokratische Wahlen und den Einzug in die Parlamente. Diese Konstruktion und Absicht stößt bei einem wachsenden Teil der Bevölkerung auf Misstrauen. Den bürgerlichen Parteien vertrauen nur noch 3% der Bevölkerung und auch das Zutrauen, durch Wahlen politisch etwas verändern zu können schwindet deutlich. In Wohngebieten mit geringem Einkommen und hoher Erwerbslosigkeit geht oft nur noch ein Drittel der Wahlberechtigten zur Wahl. Viele Menschen haben das Vertrauen in den bürgerlichen Parlamentarismus bereits verloren. Auch das Auftauchen der WASG auf den Wahlzetteln wird dies nicht ohne weiteres ändern. Die WASG steht dadurch vor der Aufgabe bei Einzug in die Parlamente eine glaubwürdige Alternative zu den bürgerlichen Parteien darstellen zu müssen und zwar was Ziele und Methoden der parlamentarischen Arbeit, aber auch was Personen betrifft. Konkret bedeutet dies, dass die WASG in den Parlamenten den Versuchungen der Vereinnahmung widerstehen und Distanz zu den übrigen Parteien bewahren muss. Von dem Ziel der WASG, einen mittelfristig einen grundlegenden Politikwechsel herbeizuführen, darf keinesfalls abgewichen werden. Dies bedingt, dass nicht etwa "kleinere Übel" in den Parlamenten toleriert oder gar unterstützt werden dürfen. Eine Mitverantwortung für neoliberale Regierungspolitik ist in jedem Fall unakzeptabel. Auch die Wahrnehmung der WASG-Abgeordneten in der Öffentlichkeit muss sich deutlich unterscheiden. Ihre Aufgabe sollten sie vor allem darin sehen, die Bevölkerung umfassend aus den Parlamenten heraus über die Vorhaben der Regierung aufzuklären und den Widerstand durch vorbildliche Teilnahme daran zu befördern. Zudem sollten sie ihre Einnahmen freiwillig offen legen und einen großen Teil ihrer Einkünfte für die politische Arbeit spenden. Sollte die WASG an der Aufgabe einer glaubwürdigen Oppositionsarbeit scheitern, scheitert sie nicht nur als Partei, sondern nährt auch die wachsenden Zweifel, ob im bürgerlich parlamentarischen System ein Politikwechsel im Sinne der Bevölkerungsmehrheit noch durchsetzbar ist.

Wandel zur antikapitalistischen Linkspartei?

Die WASG ist derzeit eine kapitalismuskritische, aber keineswegs eine antikapitalistische Partei. Ihre Ziele weisen nicht über das kapitalistische System hinaus, sondern wollen nur die Auswüchse desselben beschneiden. Teile ihrer Programmatik, so z.B. die keynesianistische Wirtschaftspolitik haben restaurativen Charakter und werden einer kritischen Auseinandersetzung nicht lange Stand halten. Auch deshalb gibt es unter den Initiatoren der WASG solche, die lieber freie Diskussionsprozesse und vor allem solche mit Bezug zur Systemfrage unterbinden wollen. Erste Voraussetzung für einen Wandel der Programmatik in der WASG ist daher die ungehinderte und tief gehende Diskussion aller Positionen im Rahmen einer solidarischen Streitkultur. In diese Diskussionsprozesse sollten möglichst alle Mitglieder einbezogen werden, damit die erarbeiteten Positionen tief in der Organisation verankert werden. Förderlich hierzu ist eine Bildungsarbeit, die nicht nur Inhalte sondern

auch Methoden vermittelt und die kritische Urteilskraft der Mitglieder stärkt. Entscheidend für die Möglichkeiten, ob und wie rasch die WASG einen Wandel zur antikapitalistischen Linkspartei durchläuft, werden die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der Zukunft sein. Hierbei meine ich vor allem, die Entwicklung der Widerstandsbewegung gegen den Sozialkahltschlag sowie die Entwicklung der SPD. Eine Zunahme der Proteste gegen den Sozialabbau auf den Straßen kann der WASG viele Mitglieder zuführen, die zuvor nicht politisch aktiv waren und aus ihrer Interessenlage heraus radikale Lösungen bevorzugen. Hingegen würde eine Welle von SPD-Übertritten, angeführt von Parteiprominenz wie Oskar Lafontaine und Otmar Schreiner, sicher das Koordinatensystem der WASG nach rechts verschieben. Sollte die SPD vom Wähler aus der Regierungsverantwortung entlassen werden, und sich dann wieder als linke Oppositionspartei präsentieren, ist es wahrscheinlich mit dem raschen Mitgliederwachstum der WASG vorbei. Die WASG müsste sich in diesem Fall zwingend links von der SPD positionieren um unterscheidbar zu bleiben. Da dieser Fall realistisch ist, kann mit einer Linksentwicklung der WASG spätestens ab dem Jahre 2007 gerechnet werden. Bis dahin gilt es für die antikapitalistische Linke, erkennbar als MarxistInnen an dem Projekt teilzunehmen, dabei deutlich für die Emanzipation der Mitglieder und gegen die Obrigkeitsdemokratie, für die pluralistische Struktur der WASG und gegen das Denunziantentum sowie für die Sichtbarmachung programmatischer Alternativen einzutreten. Diese Arbeit muss so angelegt sein, dass auch bei einem Scheitern der Projektes WASG eine neue Keimzelle für eine zukünftige antikapitalistische Linkspartei verbleibt. Angesichts der Tatsache, dass zwei Drittel der Bevölkerung dem kapitalistischen System kritisch gegenüber stehen, ist das Potential für eine solche Partei nach langer Zeit wieder einmal vorhanden.

17.5.05, Edith Bartelmus-Scholich